



Brüssel, den 29. April 2024
(OR. en)

9206/24

ENER 201
CLIMA 173
CONSOM 165
TRANS 209
AGRI 369
IND 223
ENV 453
COMPET 462
FORETS 142
DELECT 108

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Komm.dok.:	ST 7869/24 + ADD 1
Betr.:	DELEGIERTE RICHTLINIE (EU) .../... DER KOMMISSION vom 14.3.2024 zur Änderung des Anhangs IX der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Aufnahme von Rohstoffen für die Herstellung von Biokraftstoffen und Biogas – Absicht, keine Einwände gegen den delegierten Rechtsakt zu erheben

1. Die Kommission hat dem Rat am 14. März 2024 den eingangs genannten Entwurf einer delegierten Richtlinie¹ gemäß dem Verfahren nach Artikel 290 AEUV und insbesondere gemäß Artikel 28 Absatz 6 der Richtlinie (EU) 2018/2001² hinsichtlich der Aufnahme von Rohstoffen in Teil A und Teil B des Anhangs IX der Richtlinie für die Herstellung von Biokraftstoffen und Biogas vorgelegt.

¹ ST 7869/2024 + ADD 1.

² ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 82.

2. Mit der Richtlinie (EU) 2018/2001 werden neue Bestimmungen für die Förderung der Nutzung von Biokraftstoffen und Biogas, die aus den in Teil A und Teil B des Anhangs IX der Richtlinie aufgeführten Rohstoffen hergestellt werden, eingeführt. Gemäß Artikel 28 Absatz 6 der Richtlinie wird die Kommission ersucht, die Auflistung regelmäßig im Hinblick auf die Aufnahme von Rohstoffen in Anhang IX zu überprüfen, sofern diese Rohstoffe den in Artikel 28 Absatz 6 Unterabsatz 3 festgelegten Kriterien entsprechen.
3. Da die Kommission die delegierte Richtlinie am 14. März 2024 übermittelt hat, kann der Rat bis zum 15. Mai 2024 Einwände gegen sie erheben.
4. Die Gruppe „Energie“ hat den delegierten Rechtsakt im Rahmen eines informellen Konsultationsverfahrens und in ihrer Sitzung vom 22. April 2024 geprüft. Aus den Beratungen in der Gruppe „Energie“ ging hervor, dass die erforderliche Mehrheit, um Einwände gegen diese delegierte Richtlinie zu erheben, nicht erreicht wurde.
5. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (1. Teil) wird daher ersucht, dem Rat zu empfehlen, er möge auf einer seiner nächsten Tagungen als A-Punkt bestätigen, dass er beabsichtigt, keine Einwände gegen den delegierten Rechtsakt zu erheben, und dass die Kommission und das Europäische Parlament darüber zu unterrichten sind. Dies bedeutet, dass der delegierte Rechtsakt gemäß Artikel 35 der Richtlinie (EU) 2018/2001 veröffentlicht wird und in Kraft tritt, sofern das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.